

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform: Mai 2003**„Zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953“**

Erklärung des Berliner Alternativen Geschichtsforums zum 50. Jahrestag des 17 Juni 1953, Mai 2003

In einer Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS „Der 17. Juni 1953 - eine spontane Arbeitererhebung“ ziehen die Autoren die Schlußfolgerung: „Die Bestrebungen, Partei und Staat zu demokratisieren, waren (zusammen) mit der Arbeitererhebung gescheitert.“ (Pressedienst, 17/2003, 25. April, Seiten 7-9) Insgesamt wird darin die Legitimität des sozialistischen Versuchs in der DDR unter Führung der SED grundsätzlich in Frage gestellt. Dieser Sicht auf Geschichte stellen wir die nachfolgend dokumentierte Erklärung gegenüber. - Eine ausführliche Analyse der Vorgänge und Kampagnen um den 17. Juni damals und heute liegt von Prof. Dr. sc. Heinz Karl vor: „Zwischen geschichtlicher Wahrheit und ‚antitotalitärem Konsens‘,„. Wir bringen sie im Heft 6/03 und veröffentlichen sie schon vorab im Internet (www.pds-online.de/kpf - dort: aktuelle Ausgabe). Red.

Politiker, Historiker und Zeitzeugen stellen die Ereignisse in der DDR im Juni 1953 äußerst unterschiedlich dar und interpretieren sie je nach ihrem politischen Standpunkt. Im Mittelpunkt des Meinungsstreits steht die Frage: Welchen Charakter hatten die Demonstrationen und anderen Aktionen im Ostteil Berlins und in Städten der DDR, die den ostdeutschen Staat dreieinhalb Jahre nach seiner Gründung heftig erschütterten? Politiker und Historiker westlicher Prägung sprechen von einem „Arbeiteraufstand“ oder gar „Volksaufstand“ gegen das „kommunistische Regime“. Dagegen setzte die DDR-Führung sofort die These vom abgewehrten „faschistischen Putsch“. Beide Charakteristiken sind aus heutiger Sicht unzutreffend.

Eine objektive Betrachtung der 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse erfordert anzuerkennen: Erstens: Die Demonstranten und Streikenden gingen anfänglich für legitime Forderungen auf die Straße. Ungewollt fanden sie bei antisozialistischen Kräften Unterstützung.

Zweitens: Die westdeutschen und Westberliner Kräfte, darunter Medien, mischten sich völkerrechtswidrig in die damaligen inneren Auseinandersetzungen in der DDR ein. Sie leitete das konterrevolutionäre Bestreben, den jungen sozialistischen Staat zu beseitigen.

Drittens: Jene DDR-Bürger, die ihren Staat und die neue, im Ergebnis des 2. Weltkrieges in der DDR geschaffene antifaschistisch-demokratische Ordnung erfolgreich gegen den Versuch verteidigten, dort die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse wiederherzustellen, handelten verfassungstreu und legitim.

Die im Berliner Alternativen Geschichtsforum mitwirkenden Historiker und Zeitzeugen stellen fest:

1. Die Entwicklung in der DDR bis zum Sommer 1953 war untrennbar in die damalige internationale Lage eingebettet, vom Kalten Krieg, den Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager mit geprägt. Auch nach Gründung der DDR beeinflusste die UdSSR die Entwicklung im Osten Deutschlands ebenso weiter, wie dies in der Bundesrepublik durch die drei Westmächte geschah. Die beiden deutschen Staaten nahmen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

bei den Systemauseinandersetzungen im Interesse ihrer Führungsmächte Stellvertreterfunktionen wahr.

Die Sowjetunion und die Führung der DDR erstrebten ein militärisch neutrales Gesamtdeutschland außerhalb der bestehenden bzw. sich bildenden Militärblöcke. Entsprechende den Westmächten unterbreitete Vorschläge, vor allem für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland, die insbesondere die sogenannte Stalinnote vom März 1952 enthielt, blieben jedoch ungeprüft. Adenauer und die Westmächte lehnten sie einfach ab. Die Bundesrepublik sollte durch den sogenannten Generalvertrag, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den Vertrag über die Bildung der (West-)Europäischen Union remilitarisiert und als wichtiger Partner in das sowjetfeindliche westliche Bündnis integriert werden. Dieser Kurs zementierte die von westlicher Seite betriebene Spaltung Deutschlands. Er schuf die reale Gefahr, daß der Kalte Krieg in einen heißen überging. Dabei spielte ein Strategiewechsel der USA die entscheidende Rolle: Sie versuchten, durch ein „roll back“ die Einflußsphäre der UdSSR einzuengen. Mit der Zündung einer Wasserstoffbombe erhöhten sie ihr militärisches Drohpotential.

In dieser Situation entschloß sich die SED-Führung 1952 im Einklang mit ihrem Gründungsmanifest von 1946, in der DDR ausgehend von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung schrittweise die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Nach Zögern stimmte die sowjetische Führungsmacht diesem Vorhaben zu. Auf der 2. Parteikonferenz der SED wurde beschlossen, mit der sozialistischen Entwicklung in der DDR zu beginnen. Damit wurden weitgehende gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet, die beträchtliche Investitionen erforderten, darunter für den Aufbau eigener Streitkräfte. Die DDR mußte sich zudem an den wachsenden gemeinsamen Verteidigungslasten der osteuropäischen Staaten beteiligen. Sie hatte aber auch weitere Reparationen zu leisten und Besatzungskosten zu tragen.

Der ärmere deutsche Staat litt von Anbeginn stärker als die Bundesrepublik an den durch die Spaltung bedingten Disproportionen der Volkswirtschaft: Ihm fehlten fast alle wichtigen Rohstoffe. Die Schwerindustrie war unterentwickelt. Umfassende Demontagen und umfangreiche kostenlose Lieferungen an die UdSSR aus der laufenden Produktion belasteten die Wirtschaft. Die erhebliche Abwanderung von Akademikern, Facharbeitern und anderen Fachkräften - zum Teil vom Westen gezielt abgeworben - reduzierte das Arbeitskräftepotential. Außerdem entstanden durch Wirtschaftskriminalität, Sabotage und Diversion große Verluste. Insgesamt überforderte dies die Leistungsfähigkeit der DDR-Volkswirtschaft.

Die staatlichen Pläne sahen dennoch Leistungssteigerungen vor, die letztlich nicht realisierbar waren. Auf Kosten der Leicht- und Lebensmittelindustrie und damit zu Lasten der Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs wurden vorrangig die Grundstoff- und Schwerindustrie entwickelt. Ab Herbst 1952 erfolgten „wirtschaftspolitische Maßnahmen“: So wurden einige Preise für lebensnotwendige Güter erhöht; größere Bevölkerungsgruppen erhielten keine Lebensmittelkarten mehr und waren allein auf Läden mit HO-Preisen angewiesen; für Freischaffende, Handwerker, Gewerbetreibende und Großbauern wurden Steuern erhöht, gleichzeitig traten bei der Kreditvergabe an sie Restriktionen in Kraft. Alle Bürger erlebten als Folge gravierende Versorgungslücken. Der sich ausbreitende Unmut wuchs, als statt vom tatsächlich erfolgenden Sozialabbau auch noch von einer weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse gesprochen wurde.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Zusätzlich bot Stalins These, mit dem Aufbau des Sozialismus verstärkte sich auch innerhalb des jeweiligen Landes der Klassenkampf, die Grundlage für administrative sowie sektiererische politische Praktiken. In den Beziehungen der SED zu den anderen Parteien und zu gesellschaftlichen Organisationen, in Volksbildung und Kultur sowie im Verhältnis des Staates zu den Kirchen wurde der Mangel an Demokratie besonders deutlich.

Als dann am 28. Mai 1953 auch noch administrativ die Arbeitsnormen für Industrie und Bauwesen um ungefähr 10 % angehoben wurden und die Arbeiter im Juni 1953 entsprechende Lohneinbußen erlebten, schlug die zunehmende Kritik in den folgenden Tagen in offenen Protest um.

2. Zwar erkannten im späten Frühjahr 1953 die Verantwortlichen in der DDR und in der UdSSR zunehmend die Brisanz der Lage - allerdings zu spät und nicht in vollem Umfang. Es dauerte noch Wochen, ehe die notwendigen Entscheidungen zwischen Berlin und Moskau abgestimmt waren. Am 11. Juni 1953 wurden dann unvermittelt die meisten vorher erfolgten Einschnitte in das Lebensniveau der Bürger zurückgenommen. Über diese als „Neuer Kurs“ bezeichneten Änderungen waren viele Menschen erleichtert. Andererseits herrschte aber wegen des abrupten Politikwechsels bei Mitgliedern der Parteien, Mitarbeitern des Staatsapparates und vielen einfachen Bürgern große Verunsicherung. Die Arbeiter in Industrie und Bauwesen verbitterte, daß die verfügten Normerhöhungen zunächst nicht zurückgenommen wurden.

Antisozialistische Kräfte im Land und außerhalb seiner Grenzen erblickten im Neuen Kurs ein Zeichen der Schwäche der DDR und sahen eine Chance, die gespannte Situation für ihre Ziele zu nutzen. Ihnen war die DDR von Anbeginn ein Dorn im Auge, den sie unbedingt beseitigen wollten.

Am 15. Juni 1953 kam es auf der Großbaustelle Stalinallee in Berlin - wo eine Musterwohnstraße im Werden war - zu ersten offenen Protestaktionen. Nicht ganz zufällig brach der Konflikt gerade hier aus, waren doch unter den Bauarbeitern nicht wenige aus der Nazizeit Belastete. Sie mußten sich nach dem Krieg durch oft ungewohnte Arbeit eine neue Existenz schaffen. Ihre Sympathie für die DDR hielt sich verständlicherweise in Grenzen.

Im Ergebnis aufgeregter Debatten auf den einzelnen Baustellen wurde eine Delegation beauftragt, Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Brief mit der Forderung zu überbringen, bis zum Mittag des 16. Juni die Normerhöhungen zurückzunehmen.

Am folgenden Morgen erschienen im SED-Organ „Neues Deutschland“ und in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ Artikel, in denen die Normerhöhung als richtig verteidigt wurde. Der Westberliner Rundfunksender RIAS berichtete von Streiks der Bauarbeiter in der Stalinallee am Vortage. Beides heizte die bereits aufs höchste gespannte Stimmung auf. Während noch kontrovers diskutiert wurde, ob man streiken sollte oder nicht, bildete sich ein Demonstrationzug. Er hatte das an der Staatsgrenze zu Westberlin gelegene „Haus der Ministerien“ zum Ziel. Im Verlauf des Marsches erhielten die Bauarbeiter einigen Zulauf. Am Haus der Ministerien mischte sich unter die Demonstranten, die einen Dialog forderten, eine größere Zahl aus Westberlin eingeströmter Personen. Diese waren durch die westlichen Medien einseitig informiert und zum Mitmachen aufgehetzt worden. Unter ihnen waren Provokateure, die direkt von antisozialistischen Organisationen mobilisiert worden waren. Sie verbreiteten Losungen wie „Freie Wahlen!“ und „Nieder mit der Regierung!“. Bald dominierten solche Forderungen. Die Meldung der DDR-Medien über die am selben Tag erfolgte Rücknahme der Normerhöhungen drang dagegen nicht durch.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Im sich ausbreitenden Durcheinander begannen Randalen und Gewalttätigkeiten: DDR-Fahnen wurden herabgerissen und verbrannt, Kioske angezündet, Läden und öffentliche Gebäude gestürmt, geplündert und gebrandschatzt. Es kam zu tätlichen Angriffen auf Mitglieder der SED und der FDJ, nur weil diese Mitgliedsabzeichen oder Hemden ihrer Organisationen trugen. Schließlich wurden auch Volkspolizisten angegriffen und beschossen, obwohl diese sich befehlsgemäß zurückhielten und ihre mitgeführten Waffen nicht einsetzten.

Insbesondere der Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS) fachte durch seine betont aufreizende Berichterstattung die Randalen an. Versuche der DDR-Führung, über Einzelheiten des „Neuen Kurses“ zu informieren, darunter eine Parteiaktivtagung der SED am Abend des 16. Juni 1953 im Friedrichstadtpalast, hatten wenig Erfolg. Rufe zur Besonnenheit verhallten weitgehend wirkungslos.

Am 17. Juni 1953 erfolgten nicht nur im Ostteil Berlins, sondern auch in weiteren Städten der DDR Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Verschiedentlich kam es auch außerhalb Berlins zu gewalttätigen Ausschreitungen: Dienststellen der Volkspolizei, Gerichte, Haftanstalten und andere öffentliche Gebäude wurden gestürmt und verwüstet. Die Randalierer mißhandelten Bürger, nur weil diese sich ihnen entgegenstellten, und ermordeten mehrere Personen. In Einzelfällen wurden von der Justiz inhaftierte Kriminelle auf freien Fuß gesetzt.

Erst als im Verlaufe des 17. Juni 1953 sowjetische Militärkommandanten zunächst örtlich den Ausnahmezustand ausriefen und sowjetische Panzer auf die Straßen Berlins und der übrigen betroffenen Städte rollten, endeten die Unruhen schnell. Von den Sowjetbehörden wurde schließlich generell der Ausnahmezustand verhängt. Die Sowjetarmee setzte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung stellenweise Schußwaffen ein. Es gab einige Verletzte und auch Tote.

Viele Anstifter und Beteiligte von Gewalttaten flüchteten in den Westen. Mehrere tausend Tatbeteiligte wurden sofort oder in den folgenden Tagen und Wochen inhaftiert und später von den Gerichten entsprechend ihrer individuellen Schuld bestraft. Soweit bloße Mitläufer in Untersuchungshaft gekommen waren, die keine oder nur geringfügige Schuld trafen, sind diese später freigelassen worden. Alle unschuldigen Opfer der Ereignisse um den 17. Juni 1953 verdienen unser ehrendes Gedenken.

3. Insgesamt beteiligten sich an den Protestaktionen im Juni 1953 in der DDR mehrere hunderttausend Menschen. Der von westlicher Seite propagierte Generalstreik blieb jedoch aus und erst recht ein angeblicher „Volksaufstand“. Daran ändert auch die bis heute immer wieder kolportierte gegenteilige Behauptung westlicher Politiker, Historiker und ihrer Nachbeter nichts. Die meisten DDR-Bürger blieben an ihren Arbeitsplätzen, in den Schulen und Hörsälen. Nicht wenige übernahmen freiwillig zusätzliche Aufgaben zum Schutz der gemeinsam nach dem Krieg geschaffenen Werte. Vielerorts wuchsen in der folgenden Zeit aufgrund besonderen persönlichen Einsatzes die Produktionsleistungen.

Andererseits zeigen Umfang und Heftigkeit des Aufbegehrens so vieler Menschen gegen Regierungsentscheidungen, daß die Bürger nicht länger bereit waren, vorangegangene politische Fehler der SED-Führung und der DDR-Regierung einfach zu tolerieren. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Staat litt darunter, daß damals - und leider auch später - gesellschaftlich notwendige Maßnahmen oftmals nicht demokratisch vorbereitet wurden. Die Politiker überschätzten die Bereitschaft der Bevölkerung, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mit Einschränkungen des Lebensniveaus zu bezahlen. Insofern

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

war der 17. Juni 1953 ein Debakel für die SED und ihre ausgeprägt administrative Leitung der Gesellschaft.

Indem die UdSSR die ihr nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zustehenden und fortgeltenden Hoheitsrechte wahrnahm, verhinderte sie einen Bürgerkrieg. Sie sicherte auch, daß damals nicht ganz Deutschland in das der Sowjetunion feindlich gegenüberstehende Lager wechselte. Das trug objektiv zur Bewahrung des Status quo in Europa und zur Sicherung des Friedens bei. Zugleich verhinderten die Maßnahmen zum Schutz der DDR auf lange Zeit die Restauration kapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse im Osten Deutschlands.

Die DDR-Führung zeigte 1953 große Unentschlossenheit und konnte deshalb die Eskalation der Ereignisse nicht selbständig verhindern. Auf der folgenden ZK-Tagung im Juli 1953 verzichtete das SED-Politbüro darauf, die Ursachen des Geschehens gründlich zu analysieren und daraus Schlüsse für die weitere gesellschaftliche Entwicklung zu ziehen. Mit der einseitigen Charakterisierung der Unruhen als vom Westen initiiertes Putschversuch sollte von der Mitverantwortung für die Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation in der DDR abgelenkt werden. Die DDR-Führung war nicht bereit, sich selbst und dem Volk gegenüber einzugestehen, daß sie teilweise die Interessen großer Bevölkerungsgruppen mißachtet und über die Köpfe der Menschen hinweg regiert hatte. Es gelang nicht, ein Instrumentarium zur künftigen demokratischen Lösung entwicklungsbedingter Probleme zu installieren. Die fehlerhafte Praxis, die DDR-Gesellschaft im wesentlichen administrativ zu leiten, wurde bis zu deren Ende fortgesetzt. Vielfach wurde auf ökonomisch notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der betriebs- und volkswirtschaftlichen Effektivität der Produktion vor allem deshalb verzichtet, um der Bevölkerung nicht vorher entstandene Schwierigkeiten und deren Ursachen offen erläutern zu müssen. Eine anhaltende Folge war, daß entgegen durchaus vorhandener Erkenntnis die Diskrepanz zwischen steigendem Konsum und nicht mit ihm schritthaltender Produktivität beinahe kontinuierlich anwuchs.

Seit dem Juni 1953 hatte die SED-Führung das unabdingbare Ziel, die innere und äußere Sicherheit notfalls mit jedem nur denkbaren Aufwand zu gewährleisten. Eine Wiederholung der damaligen Unruhen sollte unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Die Überwachung der Bürger und der Einsatz administrativ-repressiver Mittel gegen Andersdenkende nahmen im Laufe der Jahre eher noch zu. Es fehlte die durchgängige Einsicht, daß die Bürger vor allem dann bereit waren, Initiative und Kreativität zu entwickeln, wenn sie vorher demokratisch mitentschieden hatten.

Andererseits bleibt unverrückbare Tatsache, daß gegnerische Kräfte im Westen zu keinem Zeitpunkt darauf verzichteten, die DDR zu schwächen mit dem Ziel, den ostdeutschen Staat zu beseitigen. Dazu gehörte auch, den DDR-Bürgern durch die elektronischen Medien und in anderer Form täglich die wirtschaftliche Überlegenheit des größeren und reicheren westdeutschen Teilstaates vorzuzeigen. Dies wirkte als immerwährender Anreiz, das Verhältnis zum eigenen Staat in Frage zu stellen.

Heutzutage bemühen sich die Herrschenden, den früheren DDR-Bürgern alle positiven Erinnerungen an fast 41 Jahre selbstgestaltetes Leben zu rauben. Deshalb erfolgt eine umfassende Geschichtsklitterung. Sie soll vergessen machen, was von der DDR trotz aller Fehler und Schwächen bleibt: Sie bürgte dafür, daß während ihrer Existenz von deutschem Boden kein Krieg ausging, und bot ihren Bürgern soziale Sicherheit.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Berlin, im Februar 2003

Prof. Dr. Dr. Hermann von Berg, Dr. Hannelore Bernhardt, Prof. Dr. Heinz Deutschland, Prof. Dr. Stefan Doernberg, Dr. Sonja Eichhofer, Peter Feist, Prof. Dr. Gerhard Fischer, Prof. Dr. Manfred Gerlach, Manfred Hegner, Gisela Karau, Herbert Kelle, Prof. Dr. Adolf Kossakowski, Erhard Lonscher, Dr. Günther Maleuda, Dr. Hans Modrow, Prof. Dr. Harry Nick, Prof. Dr. Heinz Niemann, Dr. Klaus Panster, Dr. Anita Rausch, Eberhard Rehling, Dr. Hans Reichelt, Prof. Dr. Wolfgang Richter, Friedrich Rische, Prof. Dr. Karl Heinz Schulmeister, Dr. Wolfgang Schwanitz, Prof. Dr. Christa Uhlig, Rosel Walther, Dr. Hans Watzek, Prof. Dr. Günter Wendel

[Quelle: Icarus 3/4 2002, erschienen 2003]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---